

Konkurrenz für den ANC

Südafrikas dominante Partei verliert die Jugend und die ärmeren Schichten

Melanie Müller

Im Dezember 2017 wählt die südafrikanische Regierungspartei African National Congress (ANC) einen neuen Vorsitz. Diese Person soll auch für das Amt des Präsidenten Anfang 2019 kandidieren, wenn Präsident Jacob Zuma die von der Verfassung zugelassenen maximal zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten erreicht hat. Derzeit ist unklar, ob er diese beenden kann. Seit der Entlassung des Finanzministers Pravin Gordhan hat der Widerstand gegen Zuma einen neuen Höhepunkt erreicht. Ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften und Parteivertretern, teilweise sogar aus seiner eigenen Partei, fordert seinen Rücktritt. Zwar richten sich die Proteste direkt gegen Zuma, doch liegen die Ursachen der Unzufriedenheit tiefer. Dem ANC ist es nicht gelungen, die sozialen Herausforderungen im Land erfolgreich anzugehen. Korruption und Misswirtschaft haben das Vertrauen zusätzlich erschüttert. Lange Zeit galt es unter der schwarzen Bevölkerung als alternativlos, für die ehemalige Befreiungsbewegung zu stimmen. In den letzten vier Jahren ist dem ANC mit den Economic Freedom Fighters (EFF) aber eine ernstzunehmende Konkurrenz erwachsen. Mit dem Bedeutungsverlust des ANC wandelt sich das südafrikanische Parteiensystem.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2014 verfehlte der ANC die Zweidrittelmehrheit – zum ersten Mal in der Geschichte des demokratischen Südafrikas. Bei den Lokalwahlen 2016 fiel sein Stimmenanteil sogar in seiner Hochburg Johannesburg auf unter 50 Prozent. Dass der ANC an Zustimmung verlieren wird, wurde seit 1994 immer wieder vorhergesagt. Doch konnte die Partei bislang ihre Macht sichern. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Der ANC hat seinen Einfluss nach dem Übergang zur Demokratie zielgerichtet ausgeweitet. Ähnlich wie andere Befreiungsbewegungen konnte er

verschiedene gesellschaftliche Gruppen in das politische System und in sein Netzwerk inkorporieren. Doch gelang es dem ANC nicht, die soziale Ungerechtigkeit in Südafrika wie versprochen zu überwinden.

Die Bedeutung des ANC nach der Apartheid

Die heutige südafrikanische Gesellschaft und die Bedeutung des ANC darin sind ohne einen Blick in die Geschichte nicht zu verstehen. Das Apartheidregime (1948–1991) unterteilte die Bevölkerung anhand von ras-

sistischen Kriterien in vier Gruppen (Blacks, Coloureds, Indians, Whites) und wies den Weißen als angeblich einzig »zivilisierter« Gruppe einen höheren Rang zu. Auf der Basis dieser Einstufung erließ das Regime Gesetze zur Trennung der Gesellschaft. Der Anteil der schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikaner lag am Ende der Apartheid bei etwa 75 Prozent, der der Coloureds bei 10 Prozent und der der Indians bei 3 Prozent. Die herrschende weiße Gruppe machte etwa 10 Prozent aus. Das Apartheidregime ordnete den Bevölkerungsgruppen jeweils bestimmte Wohngebiete zu, wobei die schwarzen Bezirke am schlechtesten ausgestattet waren. Die Fragmentierung der Gesellschaft betraf alle Lebensbereiche: Schwarze Studierende mussten zum Beispiel an eigenen, unzureichend finanzierten Universitäten studieren, auch die schwarzen Schulen waren desolat ausgestattet. Nichtweiße Arbeiterinnen und Arbeiter war es zudem untersagt, bestimmte höherwertige Tätigkeiten auszuführen.

Im Widerstand gegen die Apartheid nahm der ANC die Führungsrolle ein. Mitte der 1960er Jahren verbot die südafrikanische Regierung die Aktivitäten der Befreiungsbewegung und ließ prominente Akteure wie Nelson Mandela daraufhin inhaftieren. Doch andere ANC-Mitglieder organisierten vom Exil aus den internationalen Widerstand gegen das System der Apartheid. Obwohl der ANC keineswegs die einzige oppositionelle Kraft war – es gab sowohl andere politische Organisationen als auch eine massive zivilgesellschaftliche Auflehnung gegen das Regime – erlangte er nicht zuletzt auch durch sein internationales Netzwerk eine überragende Stellung. Seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 regiert der ANC auf nationaler Ebene in einer Dreiparteienallianz mit der kommunistischen Partei (South African Communist Party, SACP) und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions). Bei den Parlamentswahlen in Südafrika kandidiert nur der ANC. Die beiden anderen Parteien erhalten einen festgelegten Anteil der Sitze des ANC.

Auch große Teile der Zivilgesellschaft wurden in das korporatistische Staatsmodell einbezogen, das zunächst wenig Raum für echte Opposition ließ. Obwohl das politische System in Südafrika prinzipiell auf einem Mehrparteiensystem beruht, war es bislang faktisch eher ein Einparteiensystem. Dem ANC ist es gelungen, jede aufkommende Opposition zu zerschlagen und Teile davon politisch zu integrieren oder in die außerparlamentarische Opposition abzurängen. Die einzige Partei, die sich als Opposition in der Nationalversammlung etabliert hat, ist die Democratic Alliance (DA), die seit 2009 auch die Provinz »Western Cape« regiert und derzeit 89 der 400 Parlamentssitze einnimmt. Für die schwarze Bevölkerung war die Wahl der DA lange Zeit ein Tabu, da sie als Partei der weißen Bevölkerung galt und in den ersten Jahren der Demokratie selbst vorrangig um die Zustimmung der Whites, Indians und Coloureds warb.

Große soziale Ungleichheit und verbreitete Korruption

Die Perspektivlosigkeit weiter Teile der Bevölkerung hat mittlerweile zu einer starken Unzufriedenheit mit dem ANC geführt. Seit 1994 ist es der Regierungsbündnis zwar gelungen, die Armutquoten zu senken und die Versorgung mit Wasser und Elektrizität in Südafrika auszubauen. Doch in vielen Gebieten sind die Lebensumstände noch immer sehr schlecht. Knapp die Hälfte der südafrikanischen Bevölkerung lebt in Armut. Besonders betroffen ist noch immer die Gruppe der schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikaner mit 54 Prozent, gefolgt von der Gruppe der Coloureds mit 27,6 Prozent. In den ländlichen Provinzen Limpopo und Eastern Cape liegen die Armutsraten bei um die 60 Prozent. Selbst in Kapstadt, der reichsten Stadt des Landes, lebt ein Viertel der Bevölkerung in Armut. Südafrika gehört mittlerweile zu einem der Länder mit der höchsten ökonomischen Ungleichheit der Welt. Die Arbeitslosenquote lag laut offiziellen Quellen im letzten Quar-

tal 2016 bei 26,5 Prozent, unter der schwarzen Bevölkerung sogar bei 30 Prozent, unter der weißen Bevölkerung indes nur bei 6,6 Prozent. Hinzu kommt, dass zwischen 6 und 15 Prozent der Bevölkerung als unterbeschäftigt gelten, also einer Tätigkeit nachgehen, die unterbezahlt ist und/oder nicht ihren Qualifikationen entspricht.

Ein zweiter Aspekt, der die Unzufriedenheit in der Bevölkerung erhöht hat, ist die schlechte Regierungsführung: Korruption, Miss- und Vetternwirtschaft kennzeichnen mittlerweile die südafrikanische Politik. Die Wahrnehmung jener, deren Situation sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nicht verbessert hat, ist, dass sich Teile des ANC in Allianz mit der Wirtschaft auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Jacob Zuma hat diese verbreitete Ansicht von der Korruption der Eliten mit seinen Skandalen weiter bestärkt: Er pflegt ein enges Verhältnis zur Familie Gupta, die in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft Beteiligungen besitzt. Die Familie profitierte immer wieder von den Verflechtungen mit Zuma und nahm sogar Einfluss auf politische Entscheidungen. Dieser Skandal wurde von Thuli Madonsela, der damaligen Ombudsfrau (Public Protector) des südafrikanischen Staates in einem Untersuchungsbericht (»State of Capture Report«) dokumentiert. Madonsela hat auch aufgedeckt, dass Zuma beim Umbau seines Privatwesens in Nkandla öffentliche Gelder veruntreut hat. Ernsthafte politische Konsequenzen hatte dies für Zuma bislang nicht. Es ist ihm gelungen, im ANC ein Netzwerk aus Verbündeten aufzubauen, das ihn beschützt und davon selbst politisch profitiert. Das Amt der Ombudsfrau wurde mittlerweile mit einer dem Präsidenten wohlgesinnten Nachfolgerin besetzt.

Ein weiteres einschneidendes Ereignis für die südafrikanische Bevölkerung war die gewaltsame Auflösung eines Bergarbeiterstreiks im Jahr 2012. In der Platinmine Marikana erschoss die Polizei 34 streikende Arbeiter vor den laufenden Kameras des südafrikanischen Fernsehens. Dieses Vorgehen erinnerte an die gewaltsame Nieder-

schlagung von Protesten schwarzer Südafrikanerinnen und Südafrikaner in Sharpeville im Jahr 1960 durch das Apartheidregime. Dass unter einer ANC-geführten Regierung ein ähnliches Ereignis geschehen konnte, hat viele Südafrikaner schockiert. In Anlehnung an das »Massaker von Sharpeville« wird nun vom »Massaker von Marikana« gesprochen.

Gesellschaftliche Entwicklungen, politische Alternativen

Für die aufstrebende schwarze Mittelschicht ist der ANC zwar weiterhin die Partei der Wahl, auch wenn die Unzufriedenheit in dieser Gruppe wächst. Anders sieht es aber bei den Gruppen aus, deren ökonomischer Status sich seit dem Ende der Apartheid nicht verbessert hat. Große Teile dieser unteren Schichten haben sich bereits seit dem Ende der 1990er Jahre vom ANC abgewendet und sich vorrangig zivilgesellschaftlich engagiert. Den Economic Freedom Fighters (EFF) ist es mit ihrer links-populistischen Rhetorik gelungen, diesen Gruppen ein politisches Angebot zu machen: Sie zogen 2014 kurz nach ihrer Gründung mit gut 6 Prozent ins südafrikanische Parlament ein.

Zufriedene Mittelschichten

Historisch betrachtet spielte die schwarze Mittelschicht – auch wenn ihr Anteil an der Bevölkerung in der Apartheid gering war – in Südafrika eine bedeutsame politische Rolle. Zwischen den 1940er und den 1970er Jahren erhöhte sich die Zahl der schwarzen Kinder, die eine allgemeine Schulbildung erhielten, von 588 000 auf 2,7 Millionen. 1969 und 1970 wurden zwei schwarze Hochschulen gegründet, die einigen wenigen schwarzen Studierenden eine akademische Ausbildung ermöglichten. Angehörige dieser Mittelschicht führten den Widerstand gegen die Apartheid mit an, der in den späten 1970er Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Sie waren und sind heute Mitglied im ANC oder als Wählerinnen und Wähler

an die Partei gebunden. Im Zeitraum von 1993 bis 2012 ist der Umfang der schwarzen Mittelschicht laut einer Studie der Stellenbosch University von 350 000 Personen auf 3 Millionen gestiegen. Für die Zuordnung zur Mittelschicht legt die Studie ein Mindestjahreseinkommen von 25 000 Rand (in Preisen von 2000, umgerechnet 3250 Dollar) zugrunde. Eine andere Berechnung geht von einem Anstieg auf 3,8 Millionen Menschen bis 2011 aus und auf ein damit verbundenes Wachstum der Mittelschicht auf 7 Prozent der schwarzen Bevölkerung. Andere Studien, die nicht nur das Einkommen, sondern Aspekte wie dauerhafte Beschäftigung, die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben, den Zugang zu Grundversorgungsgütern (wie Wasser, Strom oder sanitäre Anlagen) und auch das Vorhandensein bestimmter Besitztümer (Fernseher, Radio oder Kühlschrank) mit einbeziehen, kommen allerdings auf noch höhere Zahlen, nämlich auf einen Anstieg der Mittelschicht auf 27 Prozent der schwarzen Bevölkerung bereits bis 2008.

Viele schwarze Südafrikanerinnen und Südafrikaner profitierten von Programmen, die darauf abzielten, die Folgen der Diskriminierung unter der Apartheid zu beseitigen. Bei den Teilen der Mittelschichten mit positiven Zukunftsperspektiven ist die Unzufriedenheit mit dem ANC daher geringer. Generell wächst jedoch das Bewusstsein für die schädlichen Folgen von Korruption und die Kriterien guter Regierungsführung. Die Wahl der DA ist innerhalb der schwarzen Bevölkerung noch immer keine massentaugliche Option, doch 2011 konnten sich immerhin schon 4 Prozent der schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikaner vorstellen, für die DA zu stimmen. Unter diesen war der Anteil derer, die zur Mittelschicht gehören, am Höchsten. Die DA hat in den letzten Jahren personelle Veränderungen vorgenommen und ihr Image verändert. Im Mai 2015 wurde Mmusi Maimane zum ersten schwarzen Vorsitzenden der Partei gewählt. Maimane und andere aufstrebende Politikerinnen und Politiker sind stark darum bemüht, sich vom alten

Geist der Partei zu lösen. Als Helen Zille, die ehemalige Vorsitzende der DA, Mitte März 2017 auf Twitter kommentierte, dass der Kolonialismus auch Gutes gebracht habe, reagierte die neue Führung sofort: Maimane widersprach Zille öffentlich und das, obwohl die frühere Parteichefin Ministerpräsidentin von Western Cape ist, der einzigen Provinz, in der die DA regiert. Die Partei regte zudem ein Disziplinarverfahren gegen Zille an und betonte in diesem Zusammenhang, dass es ihr Ziel sei, eine wirtschaftlich prosperierende und nicht-rassistische Demokratie aufzubauen. Für die Teile der schwarzen Mittelschichten, die ohne ökonomische Sorgen aufwachsen und sich demokratischen und wirtschaftsliberalen Werten verpflichtet fühlen, könnte sich die DA zu einer attraktiven Option entwickeln.

Am unteren Ende

Am unteren Ende der Mittelschicht sieht die ökonomische Realität anders aus: Die unter prekären Verhältnissen lebenden Angehörigen der unteren Mittelschicht drohen in die Armut abzurutschen. Fast die Hälfte der Südafrikanerinnen und Südafrikaner lebt in Armut, knapp 20 Prozent in extremer Armut. Gegen die schlechten Lebensbedingungen in südafrikanischen Townships und im ländlichen Raum regt sich bereits seit Ende der 1990er Jahre immer wieder massiver Protest. Ausgangspunkt waren Privatisierungen von Grundversorgungsunternehmen ab 1996, unter deren Folgen insbesondere die armen, also schwarzen Bevölkerungsschichten stark gelitten haben. Familien, die ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen konnten, wurden beispielsweise von der Belieferung abgeklemmt, auch wenn die südafrikanische Verfassung ein Recht auf Elektrizität garantiert. In Johannesburg leben nach wie vor 22 Prozent, in Kapstadt fast 19 Prozent der Einwohner in informellen Siedlungen, also in Behausungen ohne adäquaten Zugang zu fließendem Wasser, Elektrizität oder sanitären Anlagen.

Es gibt verschiedene soziale Bewegungen, die sich speziell für den allgemeinen Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge einsetzen. Diese lokalen Gruppen sind wichtig, weil sie die Interessen der Abgehängten vertreten. In vielen informellen Siedlungen oder Townships mit hohen Armutsraten wird beklagt, dass der ANC kaum noch präsent ist. Misswirtschaft und Korruption sowie die Ignoranz lokaler Politikerinnen und Politiker gegenüber den Bedürfnissen der Armen haben deren Vertrauen in die Regierenden erschüttert. Eine Folge davon ist Gewalt. In den Townships und informellen Siedlungen ist die Kriminalitätsrate ohnehin schon sehr hoch und die Anspannung deutlich zu spüren. Politische Gewalt eskaliert hier schnell. Demonstrierende zünden Mülltonnen oder Reifen an, zerstören Häuser oder Geschäfte, um auf die schlechten Zustände vor Ort aufmerksam zu machen. Für viele Gruppen scheint politische Gewalt die einzige Option zu sein, um Aufmerksamkeit zu erhalten. Immer wieder richtet sich die Gewalt auch gegen Migrantinnen und Migranten aus anderen afrikanischen Staaten: Im Jahr 2017 kam es zu massiven xenophoben Übergriffen. Die Ursachen dafür sind zum einen in der aus der Apartheidzeit resultierenden Prägung der südafrikanischen Gesellschaft zu suchen, zum anderen aber auch in den schlechten Lebensbedingungen und in der fehlenden politischen Bearbeitung solcher Übergriffe. Der Hass richtet sich gegen die, die in der sozialen Hierarchie noch weiter unten stehen.

Die EFF als Alternative

Jacob Zuma war vor seiner Wahl zum Vorsitzenden des ANC im Jahr 2007 mit dem Versprechen angetreten, die sozialen Probleme Südafrikas anzugehen. Er setzte sich damals gegen Thabo Mbeki durch, dem große Teile der Bevölkerung vorwarfen, die gesellschaftlichen Herausforderungen nach seinem Amtsantritt 1999 zugunsten einer wachstumsorientierten Politik vernachlässigt zu haben. Doch Zuma hat nach seiner

Wahl zum Präsidenten im Jahr 2009 die Hoffnungen enttäuscht. Es gab in den letzten Jahren mehrere Versuche, eine sozialdemokratische oder linke Partei als Alternative zum ANC aufzubauen, zuletzt durch die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA. Diese ist nach Kritik an der Dreiparteienallianz 2014 aus dem Gewerkschaftsdachverband ausgeschlossen worden und arbeitet seitdem darauf hin, ein Bündnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu schmieden. Bislang sind diese Bemühungen erfolglos geblieben. Es gelang nicht, die Arbeiterschaft mit den unteren Schichten zu vereinen und somit eine politische Alternative zum ANC zu bilden, die breite Teile der Bevölkerung integrieren kann. Auch schaffte es der ANC immer wieder, derartige Initiativen zu diskreditieren.

Den Economic Freedom Fighters (EFF) ist es dagegen gelungen, die unteren Schichten zu erreichen: Die Partei wurde im Jahr 2013 von Julius Malema gegründet und auf Anhieb mit über 6 Prozent drittstärkste Kraft bei den südafrikanischen Parlamentswahlen 2014. Die EFF sind eine parteipolitische Alternative für die armen Schichten. Ihr Ziel ist die Umverteilung des Wohlstands in Südafrika, eine Forderung, mit der die Partei mitten ins Herz derer getroffen hat, die vom wirtschaftlichen Aufschwung Südafrikas bislang nicht profitierten. Wichtig für die Glaubwürdigkeit der EFF-Akteure sind auch bestimmte Attribute ihres Auftretens: Die männlichen Abgeordneten tragen im Parlament rote Hemden, die an eine Arbeiterkluft erinnern, die Frauen ein Kostüm, das an die Kleidung von Hausarbeiterinnen denken lässt. Diese Symbolik, die antikapitalistische Rhetorik, aber auch die Präsenz der EFF auf der Straße erklären den Erfolg der Partei.

Eine zentrale Forderung der EFF ist die Umverteilung von Land. Nach dem Ende der Apartheid waren 87 Prozent des Landes in Südafrika im Besitz von Weißen. Der ANC wollte in den ersten fünf Jahren der Demokratie 30 Prozent an die schwarze Bevölkerung umverteilt haben. 2010 waren es gerade einmal 8 Prozent. Die Ursachen

für die verfehlte Verteilung sind zwar komplex und nicht einfach nur mit fehlendem Willen der Regierung zu erklären, doch die EFF haben das Thema wieder auf die politische Agenda gesetzt. Die Landreform wird seit 2016 wieder intensiver debattiert.

Gefährlich sind hingegen Malemas populistische Ausfälle, die immer wieder Drohungen gegen weiße, aber auch gegen schwarze, reiche Südafrikanerinnen und Südafrikaner beinhalten. Denn diese Ausfälle heizen das ohnehin schon aggressive politische Klima weiter an. Doch Malemas Kalkül geht auf, denn es gelingt ihm mit dieser Rhetorik die wütenden und perspektivlosen Teile der Bevölkerung zu gewinnen. Seit den Demonstrationen gegen Zuma haben sich die EFF zudem immer stärker von Gewalt distanziert. Mittlerweile arbeitet sogar die DA mit der EFF zusammen, um Zuma zu schwächen. Auch im Parlament haben sich die beiden sehr gegensätzlichen Parteien bereits unterstützt.

Eine neue Generation wächst heran

Eine neue Entwicklung ist die zunehmende Politisierung der jungen Generation. Die unter 34-Jährigen machen zwei Drittel der südafrikanischen Bevölkerung aus. Es sind vor allem junge Südafrikanerinnen und Südafrikaner, die die Proteste in den Townships, aber auch im ländlichen Raum tragen – nicht zuletzt, weil die Perspektivlosigkeit diese Altersgruppe unzufrieden macht. Auch die südafrikanischen Studierenden gehen seit Oktober 2015 auf die Straße. Sie demonstrieren für bessere Studienbedingungen und für eine gerechtere Gesellschaft. Diese Entwicklungen sind für den ANC besonders gefährlich, denn die jungen Wählerinnen und Wähler, die nicht unter den Bedingungen der Apartheid aufgewachsen sind, haben eine weitaus geringere Bindung an den ANC als ihre Eltern und Großeltern. Sie stellen den ANC und sogar die Symbolfigur Nelson Mandela in Frage.

Mangelnde Zukunftsaussichten

Auf der südafrikanischen Jugend, die nach der Apartheid geboren wurde, lagen die größten Hoffnungen. Doch die derzeitigen Perspektiven für die Jungen sind schlecht: Über die Hälfte der Südafrikanerinnen und Südafrikaner unter 24 Jahren lebt in Armut. Erst bei der Altersgruppe der 25 bis 34-Jährigen ist die Armutsrate niedriger, beträgt aber immerhin noch 38,7 Prozent. Landesweit liegt die Jugendarbeitslosigkeit laut International Labour Organisation bei 52 Prozent. Studien haben gezeigt, dass schlechte Berufsaussichten in jungen Jahren die berufliche Biographie häufig langfristig prägen. Die Ursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika liegen in erster Linie in den ausgebliebenen Reformen im Bildungssystem des Landes. Dieses gehört weltweit mit zu den schlechtesten unter den Ländern mit mittlerem Einkommen und schneidet auch im afrikanischen Vergleich sehr schlecht ab. Unter diesen Voraussetzungen gelingt es südafrikanischen Jugendlichen ohne Hochschulausbildung häufig kaum, einen Arbeitsplatz zu finden.

Doch auch an den Universitäten ist die Situation schwierig. Seit Oktober 2015 demonstrieren die südafrikanischen Studierenden. Die Proteste wurden unter dem Banner »#FeesMustFall« bekannt, weil sie im unmittelbaren Zusammenhang mit der Ankündigung der Regierung standen, die Studiengebühren zu erhöhen. Zwar gibt es in Südafrika verschiedene Formen der Unterstützung für Studierende. Doch reichen diese Mittel nicht aus, um die höheren Gebühren zu decken, was gerade ärmere Familien betrifft. Zudem ist die staatliche Beihilfe nur auf einen Teil der Studierenden zugeschnitten. Aufstrebende Mittelschichtsfamilien verdienen meist zu viel, um sie in Anspruch nehmen zu können. Ihr Einkommen reicht dann aber nicht aus, um die Studienkosten ihrer Kinder zu decken oder gar um private Kredite aufzunehmen. Die Armut prägt die Studienbedingungen. An der University of the Witwatersrand in Johannesburg übernachteten Studierende

beispielsweise in der Universität, weil sie von außerhalb anreisen und sich keine Unterkunft leisten können. Die Protestierenden haben sich mit dem Lehrpersonal, aber auch mit den Arbeiterinnen und Arbeitern im Dienstleistungssektor der Universität verbündet, deren Tätigkeiten an externe Anbieter ausgelagert wurden und die seitdem unter prekären Bedingungen beschäftigt sind.

Politischer Bruch mit der ANC-Generation

Den Studierenden geht es nicht nur um die Verbesserung der eigenen ökonomischen Situation, sondern um politische und gesellschaftliche Veränderungen. Vielfach wurden die Proteste schon mit denen der 1968er-Bewegung in Europa und den USA verglichen, da in ihnen wie damals ein Generationenkonflikt zum Ausdruck kommt. Der ANC wird von großen Teilen der Demonstrierenden sehr negativ gesehen. Die Studierenden kritisieren selbst die Symbolfigur Nelson Mandela: Er sei nach dem Übergang zur Demokratie zu viele ökonomische Kompromisse eingegangen, um den sozialen Frieden in Südafrika zu erhalten. Die jungen Demonstrierenden sind zwar in Freiheit geboren, sie fühlen sich aber nicht frei, sondern weiterhin vom Erbe der Apartheid stigmatisiert. Zu ihren Forderungen gehört deshalb auch eine Entkolonisierung der Universitäten. An der University of Cape Town verlangten die Studierenden die Entfernung von Symbolen, die an die Kolonialzeit erinnern. Nun sollen die Curricula überarbeitet werden, um afrikanische politische Philosophie und nicht-westliche Theorien stärker zu berücksichtigen. Die Stellung von schwarzen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an den Universitäten soll gestärkt werden. Auch dass an einigen Universitäten weiterhin in Afrikaans gelehrt wird, lehnen die Studierenden ab.

Insgesamt ist die südafrikanische Jugend in wachsendem Maße vom politischen System und vom ANC enttäuscht. Eine Studie des in Pretoria ansässigen Institute

for Security Studies aus dem Jahr 2016 zeigt, dass nur 33 Prozent der 18- bis 19-Jährigen überhaupt für die nationalen Wahlen registriert waren. In der Altersklasse zwischen 20 und 29 waren es immerhin 64 Prozent. Junge Südafrikanerinnen und Südafrikaner glauben, dass Proteste effektiver sind als die Wahl einer politischen Partei, um gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen. Während sie früher dazu tendierten, dieselbe Partei wie ihre Eltern zu wählen, liegt der Anteil der jungen Wähler an den Gesamtstimmen des ANC mittlerweile nur noch bei 30 Prozent, bei den EFF sind es 49 Prozent, bei der DA 14 Prozent. Bisher gibt es keine politischen Allianzen zwischen den Studierendenbewegungen und irgendwelchen Parteien. An der Universität in Pretoria spielten zwar die EFF eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der dortigen Proteste, dies war aber eher eine Ausnahme. Trotzdem sollte die Wirkung der Studierendenproteste nicht unterschätzt werden, denn sie tragen zur Repolitisierung der jungen Südafrikanerinnen und Südafrikaner bei. Es ist davon auszugehen, dass bei den nächsten Wahlen im Jahr 2019 mehr von ihnen zur Wahl gehen. Es überrascht daher nicht, dass alle politischen Parteien, selbst der ANC, massiv um die Gunst der Studierenden werben. Jacob Zuma hat die Erhöhung der Studiengebühren mittlerweile ausgesetzt. Doch ist die Ablehnung des Präsidenten unter der jungen Bevölkerung so groß, dass selbst dieser Schritt ihn nicht beliebter gemacht hat.

Ausblick

Der lange vorhergesagte Abstieg des ANC verläuft nicht abrupt, aber er hat begonnen. Mit dem Aufkommen der EFF gibt es nun eine zweite Oppositionspartei, der es im Gegensatz zur DA gelingt, breitere Teile der schwarzen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Doch selbst die DA gilt für diese nicht mehr als unwählbar. Bei den Wahlen 2019 werden zudem die jungen Südafrikanerinnen und Südafrikaner, die sich mehr

und mehr vom ANC abwenden, eine größere Rolle spielen. Der ANC muss sich anstrengen, wenn er das verloren gegangene Vertrauen wiedererlangen will. Dabei wird es nicht allein um den Rückzug von Jacob Zuma gehen. Einen noch größeren Einfluss auf die Zukunft der Regierungspartei wird die Frage haben, wer dessen Nachfolge antreten wird.

Zwei Varianten werden derzeit diskutiert. Die erste wäre ein »Business as usual«: Zuma will für seine Nachfolge eine Person aus seinem Netzwerk finden, die nicht nur sein Erbe sichert, sondern ihn vor strafrechtlichen Konsequenzen nach dem Ende seiner Amtszeit schützt. Seine derzeitige Favoritin ist seine Exfrau Nkosazana Dlamini-Zuma, die bis März 2016 Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union war. Ihre Nähe zu Zuma ist aber auch ihre größte Schwäche. Eine andere Lösung, Malusi Gigaba, der neue Finanzminister, wird insbesondere von der mächtigen Jugendorganisation des ANC favorisiert. Der 45-Jährige soll die jüngeren Wählerinnen und Wähler erreichen. Doch auch Gigaba gehört zu den aktiven Unterstützern von Zuma. Wird die Politik des Präsidenten aber einfach fortgeführt, hätte dies einen weiteren Vertrauensverlust auf Seiten der Bevölkerung zur Folge. Selbst eine Spaltung des ANC ist dann nicht mehr ausgeschlossen.

Die zweite denkbare Option ist, dass sich Cyril Ramaphosa, der derzeitige südafrikanische Vizepräsident, auf dem Kongress des ANC durchsetzt. Er wird vom ANC in der Provinz Gauteng unterstützt, ebenso vom Gewerkschaftsbund COSATU und der kommunistischen Partei. Ramaphosa ist kein optimaler Kandidat. Politisch ist er spätestens seit dem Massaker von Marikana nicht mehr unumstritten. Nur wenige Tage vor der Ermordung der Arbeiter hatte er ein härteres Eingreifen der Polizei gefordert. Seine Verbindungen zur Wirtschaft sind vielen Südafrikanern zu eng, er ist einer der reichsten Männer des Landes. Ramaphosa bemüht sich stark darum, seine verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Anfang Mai 2017 hat er sich offi-

ziell für das Massaker von Marikana entschuldigt. Fast fünf Jahre nach dem Ereignis war dies ein wahltaktischer Schritt, der ihm eher Kritik eingebracht als Vertrauen verschafft hat. Ein alternativer Kandidat ist bislang nicht in Sicht, wenn auch nicht undenkbar. Die Machtkämpfe im ANC wurden in den letzten Jahren allerdings derart erbittert geführt, dass es in der Partei nur noch wenige prominente Vertreterinnen und Vertreter gibt, die unabhängig agieren und ohne eigenes Netzwerk gegen Zuma oder Ramaphosa bestehen könnten.

Die derzeitigen Entwicklungen im ANC haben der politischen und ökonomischen Stabilität Südafrikas enorm geschadet. Das Beispiel der Entlassung des Finanzministers Pravin Gordhan verdeutlicht dies: In der Folge stuften Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit des Landes herunter. In der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) füllt Südafrika seine für die Stabilität der Region bedeutende Führungsrolle immer weniger aus, weil die Innenpolitik das Tagesgeschäft bestimmt. Besorgniserregend ist, dass die innenpolitischen Spannungen immer häufiger in Gewalt umschlagen. Dadurch verschärfen sich die Zustände in Südafrika, das ohnehin schon ein großes Problem mit Kriminalität und Gewalt hat. Die Regierung unter Jacob Zuma unternimmt wenig, um die Proteste zu deeskalieren. Immer wieder werden Proteste von Unterstützergruppen des ANC gesprengt oder gewaltsam niedergeschlagen. Auch meldete die südafrikanische Wochenzeitung *Mail & Guardian*, dass es Morddrohungen gibt gegen ANC-Mitglieder, die sich öffentlich gegen Jacob Zuma ausgesprochen haben. Auch wenn die südafrikanische Demokratie weiterhin als stabil gelten darf, sollten diese Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden. Sollte es Zuma gelingen, seine von Patronage und Korruption geprägte Politik durch eine ihm genehme Nachfolge fortzusetzen, könnte sich die politische Lage in Südafrika weiter verschlechtern. Dies würde dann auch die Stabilität im südlichen Afrika gefährden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364